



Keine Abschiebungen nach Afghanistan

– Rheinland-Pfälzische Organisationen appellieren an die Landesregierung

„Afghanistan ist nicht sicher, aber sicher genug, um dorthin abzuschicken.“ – so die Einschätzung der Bundesregierung und einiger Gerichte. Die Sicherheitslage im Land lasse dies durchaus zu. Flüchtlingsorganisationen und einige Bundesländer hingegen kritisieren diese Praxis. So war Afghanistan nach dem Global Peace Index 2019 und 2020¹ das weltweit unsicherste Land mit den meisten Kriegstoten² noch vor Syrien, Jemen und dem Irak.

Die Afghanistanexpertin Friederike Stahlmann diskutierte mit einem interessierten Publikum bei einem digitalen Infoabend die aktuellen Entwicklungen in Afghanistan. Im Zentrum der Diskussion standen dabei nicht nur politische Entwicklungen und Sicherheitsfragen, sondern auch die humanitäre Lage und die praktischen Perspektiven der afghanischen Bevölkerung. Anlässlich ihrer aktuellen Studie zu den Erfahrungen aus Deutschland abgeschobener Afghanen wurde auch deren besondere Situation vorgestellt.

Friederike Stahlmann machte deutlich, wie wichtig soziale Netzwerke in Afghanistan für eine Absicherung der Grundbedürfnisse sind. „Wer aus diesen Netzwerken ausgeschlossen wird, für den gibt es kaum Perspektiven. Das betrifft beispielsweise Arme, Fremde, Verfolgte aber auch insbesondere junge alleinstehende Männer“, betonte Friederike Stahlmann. Und gerade diese werden besonders häufig abgeschoben. Angesichts der eskalierenden Not können die meisten Familien jedoch auch nicht mehr helfen.

„Auch Rheinland-Pfalz hat sich seit 2017 regelmäßig an den Abschiebeflügen beteiligt.“ In ihrem Vortrag erklärte Friederike Stahlmann, dass in Afghanistan Abgeschobene einen extremen schlechten Ruf haben und als Kriminelle angesehen werden. Junge Männer, darunter auch „Straftäter“ drohen bei einer Rückkehr Inhaftierung und Folter.

„Angesichts dessen fordern wir, von der Landesregierung sich nicht an die Wiederaufnahme von Abschiebungen nach Afghanistan zu beteiligen“ so Pierrette Onangolo vom AK Asyl – Flüchtlingsrat RLP e.V..

In einem offenen Brief³ forderten Anfang Oktober bundesweit NGOs einen Abschiebestopp nach Afghanistan. Auslöser war eine Ankündigung der Bundesregierung, die seit März 2020 wegen Corona ausgesetzten Abschiebungen wiederaufzunehmen. Die nächste Abschiebung soll nach uns vorliegenden Informationen nun am 16. November stattfinden.

Peimaneh Nemazi-Lofink vom Institut zur Förderung von Bildung und Integration: „Die Lage in Afghanistan ist schon seit Jahrzehnten bedrohlich für die Zivilbevölkerung. Zusätzlich verschlechtert

¹ <https://byjus.com/free-ias-prep/global-peace-index/>

² <https://acleddata.com/download/19778/>

³ <https://weact.campact.de/petitions/offener-brief-gegen-abschiebungen-nach-afghanistan>

die Ausbreitung des Coronavirus die Situation erheblich. An diesem Abend wurde deutlich, dass die Not und die Verelendung in den letzten Jahren in Afghanistan eskaliert sind. Durch Corona hat sich die Situation nun erneut verschärft.“

So heißt es in einem Bericht von medico international⁴: „In einem Land, das seit mehreren Jahrzehnten nicht anderes als Konflikte und Krisen erlebt hat, ist Covid-19 als womöglich schlimmstes Schreckensgespenst von allen aufgetaucht. Es gibt fast nichts, was das Land dem Virus entgegensetzen kann.“

Einer Studie zufolge⁵ haben sich seit Beginn der Ausbreitung von SARS-CoV-2 zehn Millionen Afghan*innen – ein Drittel der Bevölkerung – mit dem Virus infiziert und die Zahl Hungernder ist nach oben geschneilt⁶.

Während in Deutschland Reisen und Kontakte stark eingeschränkt werden, beabsichtigt die Bundesregierung Abschiebungen nach Afghanistan baldmöglichst wiederaufzunehmen. Weder die afghanische Bevölkerung noch die abgeschobenen Geflüchteten werden dabei so ausreichend geschützt, dass zumindest ihr blankes Überleben gesichert wäre, so wie es für die deutsche Gesellschaft selbstverständlich erscheint.

Statt ausschließlich auf das eigene Land zu schauen, sollten deutsche Politiker*innen auch angesichts der Pandemie eine globale Perspektive einnehmen.

Pressekontakt: Annika Kristeit
Aktiv für Flüchtlinge RLP
Leibnizstraße 47
55118 Mainz

⁴ <https://www.medico.de/blog/menschenrechtsarbeit-unter-allen-umstaenden-17889>

⁵ <https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/115352/Hochrechnung-Rund-zehn-Millionen-Infektionen-in-Afghanistan>

⁶ https://www.humanitarianresponse.info/sites/www.humanitarianresponse.info/files/documents/files/afg_hr_p_2020_revision_june_2020.pdf

Tel.: 06131/4924736